

AUSGEWÄHLTE TEXTE

Skulptur zum Gedenken an die Betroffenen der sowjetischen Militärjustiz und der Stasi am ehemaligen Stasigelände in Berlin

In den kommenden Tagen des Jahres 2023 wird der Denkort zur Erinnerung an die Betroffenen der sowjetischen Militärjustiz und der Stasi-ermittelten politischen Justiz fertig gestellt. Am Roedeliusplatz, wo seit 1950 das Ministerium für Staatssicherheit seinen Hauptsitz hatte und sich schon 1945 in den letzten Kriegstagen sowjetische Verfolgungsorgane etabliert hatten, wird auf Initiative des Vereins Bürgerkomitee 15. Januar e.V. die Skulptur „EINSCHLÜSSE“ errichtet.

„Damit wird endlich ein Vorschlag des Aufarbeitungsvereines Bürgerkomitee 15. Januar e.V. umgesetzt, den wir vor Jahren in die Diskussion gebracht hatten, um daran zu erinnern, wohin es führt, wenn Menschenrechte und der Rechtsstaat mit Füßen getreten werden“, so der Vereinsvorstand. „Es war uns auch wichtig, dass nicht nur auf dem Stasi-Gelände, am Ort der Repressionsbürokratie, Aufarbeitung betrieben wird, sondern dort, wo Menschen zu Unrecht gelitten haben und wo ihre Menschenwürde verletzt wurde.“

Um den Vorschlag, der vom Verein Bürgerkomitee 15. Januar e.V. im Jahr 2017 gemacht wurde, gab und gibt es zum Teil bis heute noch kontroverse Diskussionen. Die Idee wurde jedoch schließlich vom Bezirksamt Lichtenberg aufgegriffen. Mit sog. PMO-Mitteln (d.h. rückgeführten, von der SED veruntreuten Finanzmitteln) wurden Gutachten, die das Bürgerkomitee erstellte, und ein Runder Tisch finanziert, der sich nach mehreren Monaten Diskussion auf einen Kompromiss einigte. Danach fand ein künstlerischer Wettbewerb statt, eine Jury wählte den jetzigen Vorschlag von Roland Fuhrmann aus. Er stellt vier Zellentüren dar, in die ca. 50 Biographien von Repressionsopfern eingelassen sind. Diese sollen nach dem Willen des Runden Tisches die sehr unterschiedlichen Formen der rechtsstaatswidrigen Repression von 1945- 1989 repräsentieren und zur Auseinandersetzung anregen.

„Von denen, die nach 1945 verurteilt wurden, waren sicher manche nicht unschuldig, weil in NS-Verbrechen verstrickt. Aber die Methoden zur Zeit des Stalinismus waren von vornherein roh und -wie auch später unter der Regie des MfS- diente die Haftanstalt in der Alfred/Magdalenenstraße zunehmend der strafrechtlichen Verfolgung von Kritikern des nach dem Krieg etablierten undemokratischen Systems.“ so Dr. Christian Booß vom Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V., „ Bedauerlicher Weise war der Künstler in der Schlussphase nicht mehr bereit, uns, wie verabredet, die Auswahl an Repressionsbiographien offen zu legen, die in der Skulptur dargestellt werden sollen, so dass im Moment nicht klar ist, ob die Ursprungsentention, die Vielfalt der Repression von 1945-89 dort zu repräsentieren, wirklich getroffen wurde.

Neben dem Gefängnis befand sich auch der erste Sitz der Stadtkommandantur in der Schottstraße 6, in deren Keller sich Haftzellen befunden hatten. In der Haftanstalt Magdalenen/Alfredstraße tagten ab 1945 sowjetische Militärtribunale. Allein hier wurden ca. 200 Menschen zum Tode verurteilt. Dass dortige Gericht war ab 1950 auch für die anderen SMT-Todesurteile in der ganzen DDR zuständig, wie auch die die im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni ausgesprochen wurden. In Stasi-Regie diente die Haftanstalt als zweite Untersuchungshaftanstalt des

Ministeriums. Während der Haftkomplex in Hohenschönhausen abgeschottet war, wurde in dieser Haftanstalt Anwaltsgespräche, Besuche von diplomatischen Vertretungen und Verwandten abgewickelt. Sie diente auch als erster „Zuführungspunkt“ bei Massenverhaftungen im Herbst 1989.

Zu Repressionsorganen am Roedelius Platz und der Diskussionen zu Gedenkort.
<http://horch-guck.de/5/genkort-am-stasigelaende-nimmt-gestalt-an>

Vorstand

Dr. Christian Booß

Dr. Stefan Wolle.

Verantwortlich

Bürgerkomitee 15. Januar e.V.

Bueko_1501_berlin@web.de

Haus 1 Ruschestr. 103

10365 Berlin